

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und
Zeitdokumenten zur Zukunftsdiskussion

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle
und Systemkritik e.V. – GZS

ISSN 0720 – 6194

OKT. 1981 – Ausgabe 2

1. Jahrgang

Preis: 0,50 DM



Foto: dpa

DIESES BILD ZEIGT JUGENDLICHE DEMONSTRANTEN IN DER ZÜRCHER INNENSTADT VOM 21. JUNI 1980. SIE FORDERTEN EIN AUTONOMES JUGENDZENTRUM. DIE BEHÖRDEN STELLTEN EIN MASSIVES POLIZEIAUFGEBOT AB, ANSTATT VOR ORT MIT DEN JUGENDLICHEN ZU SPRECHEN. IM INTERESSE ALLER BETEILIGTEN WÄRE ES SINNVOLLER GEWESEN, WENN MAN DER ZÜRCHER JUGEND EIN AUTONOMES JUGENDZENTRUM BEWILLIGT HÄTTE, WEIL ES NUR RICHTIG SEIN MUSS, DASS SICH JUGENDLICHE SELBSTBESTIMMEND UND UNABHÄNGIG FÜR IHRE BELANGE EINSETZEN WÖLLEN. DERARTIGE SZENERIEN SIND ÜBERALL IN WESTEUROPA FESTZUSTELLEN, WEIL SICH DIE JUGEND IMMER MEHR VON DEN „RITUALEN“ DER MODERNEN WACHSTUMSGESellschaft-LEBENSWEISEN ABWENDET. AUCH VERSAGEN STAÄTLICHE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN, WENN SIE SICH MIT DEN PROBLEMEN DER JUGENDLICHEN BESCHÄFTIGEN, WAS IM ÜBRIGEN NUR SEHR SELTEN UNTERNOMMEN WIRD. DIE JUGEND ENGAGIERT SICH AUF IHRE ART FÜR EINE GESELLSCHAFTLICHE ERNEUERUNG, FÜR MEHR SELBSTBESTIMMUNG UND EINE BESSERE ZUKUNFT FÜR ALLE MENSCHEN. JUGENDLICHE FORDERN EINE WELT OHNE WETTRÜSTEN, AUSBEUTUNG ARMER LÄNDER UND WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMSWAHNS. DIESES ENGAGEMENT FINDET SEINEN TIEFSTEN UND ÜBERZEUGENDSTEN AUSDRUCK IN DER FRIEDENSBEWEGUNG. JUGEND BEDEUTET ZUKUNFT UND ERNEUERUNG ZUGLEICH. ANGESICHTS DER TATSACHE, DASS DIE DERZEITIGE WELTLAGE SEHR NEGATIV IST, SOLLTEN WIR ALLE (BÜRGER, STAAT) DAS GROSSE KREATIVITÄTSPOTENTIAL DER JUGEND NUTZEN, UM ÜBERKOMMENE STRUKTUREN ZU ÄNDERN UND DIE ZUKUNFT ZU BEWÄLTIGEN. IN „DAS KRITISCHE BEWUSSTSEIN DER JUGEND ZU BEGINN DER 80er JAHRE“ (SEITEN 6 - 8) WIRD FÜR EIN BESSERES VERSTÄNDNIS UNSERER JUGEND GEWORBEN. GLEICHZEITIG SOLLTEN DABEI VORURTEILE UND FEHLEINSCHÄTZUNGEN GEGENÜBER DER KRITISCHEN JUGEND ABGEBAUT WERDEN.

Inhalt:

Der Atomstaat zeigt seine Zähne von Josef M. Leinen (BBU)

Seite 2

Impressum

Seite 3

Büchervorschläge

Seite 4

Erklärung der BZ-Redaktion

Seite 4

Aufruf zum Leserdialoq / Leserpost / Anzeigen

Seite 5

Leserpost

Seite 6

Blickpunkt Zukunft Titel:

Das kritische Bewußtsein der Jugend zu Beginn der 80er Jahre
von Werner Mittelstaedt

Seite 6

Brokdorf Demonstration: DER ATOMSTAAT ZEIGT SEINE ZÄHNE

Die Verhinderung der Bauarbeiten am Atomkraftwerk Brokdorf wird von den Atomenergiegegnern als Symbol eines erfolgreichen Widerstandes gegen die Atomenergie und als Hoffnung auf eine alternative Energiepolitik gesehen. Auch für die Atomenergiebetreiber ist Brokdorf kein normales Kraftwerk. Für sie ist die Wiederaufnahme der Bauarbeiten ein Signal für die Beendigung der mehrjährigen Diskussionsphase und ein Auftakt zum weiteren Ausbau des Atomenergieprogramms. Atomlobbyisten und Atomenergiegegner wissen, daß die Entscheidung über das Atomkraftwerk Brokdorf eine Weichenstellung für den weiteren Fortgang der bundesdeutschen Energiepolitik bedeutet. In dieser Situation ist es kaum verwunderlich, daß schon die Ankündigung einer Großdemonstration in Brokdorf bei der Atomwirtschaft und insbesondere bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung zu heftigen Gegenreaktionen führte. Die Phase der Diskussion und des Demonstrierens war von diesen Kräften für beendet erklärt worden. Die Phase des Durchgreifens und Durchsetzens der Atomenergie sollte eingeleitet und bei dieser Großdemonstration am praktischen Beispiel durchgezerrt werden. Was die Bürgerinitiativen in der Woche vor der Demonstration und in den Tagen danach zu hören und zu sehen bekommen haben, läßt den Schluß zu, daß in Brokdorf die Verbote des Atomstaates ihre Krallen weit ausgestreckt haben.

Die Bedeutung dieser Demonstration und die dazu gehörenden Ereignisse gehen weit über den 26. Februar 1981 hinaus.

1. Einschränkung des Demonstrationsrechts

Stoltenberg hatte es sehr eilig. Noch bevor die Bürgerinitiativen ihre Vorbereitungen abgeschlossen hatten und selbst wußten, welche Art von Demonstration angemeldet werden sollte, erließ der Landrat von Itzehoe eine Allgemeinverfügung, mit der ein generelles Demonstrationsverbot für die gesamte Wiltsternmarsch verordnet wurde. Nach anfänglicher Verblüffung und Verunsicherung waren sich alle Beteiligten schnell über die Tragweite dieses Obrigkeitstatsetlichen Verdikts im klaren. Hier sollte ein schwerwiegender Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung und in das Demonstrationsrecht erprobt werden. So dreist und unverblümt hatte es selbst Stoltenbergs Parteikollege Hans-Georg Filbinger im Jahre 1975 mit den Bauern und Wintern in Wyhl nicht getrieben. Es wurden wie üblicherweise Bedingungen und Auflagen für eine bestimmte Demonstration erlassen; hier sollte ganz generell

das Demonstrieren an sich

auf einem Gebiet von 212 qkm um das Atomkraftwerk herum verboten werden.

Diese Bannmeilenverordnung wurde in allen Bürgerinitiativen als ein eklatanter Mißbrauch staatlicher Machtmittel und als einen verfassungswidrigen Eingriff in die Grundrechte gewertet. Nachdem Stoltenberg bereits im Jahre 1977 die aufschiebende Wirkung eines Widerspruches nicht abwarten konnte und in einer Nacht- und Nebelaktion mit den Bauarbeiten beginnen ließ, zeigte sich hier erneut, daß dieser CDU-Politiker in kritischen Situationen jedes Augenmaß und jede Verhältnismäßigkeit vermissen läßt. Für die Bürgerinitiativen stand fest, daß sie sich diesem Demonstrationsverbot nicht beugen würden. Auch unabhängig davon, ob einzelne Personen oder Organisationen dazu aufgerufen hätten, an einer verbotenen Demonstration nicht teilzunehmen, hätte diese Demonstration mit annähernd derselben Teilnehmerzahl stattgefunden. Es gibt politische Situationen, in denen das Bewußtsein und der Wille der betroffenen Bürger derart stark ist, daß auch staatliche Repressionen nicht beeindruckend sind. Das Zustandekommen der bisher größten Anti-AKW-Demonstration mit über 100.000 Teilnehmern war der beste Beweis dafür, was die Bürgerinitiativen diesen Stoltenberg'schen Versuch, die Grundrechte einzuschränken, gehalten haben.

Die Erkämpfung des Demonstrationsrechtes auch in der Nähe von Atomkraftwerken war der größte Erfolg dieses Tages. Ein Zurückweichen hätte einen gefährlichen Präzedenzfall geschaffen, der in der Zukunft mit einiger Sicherheit auch bei allen anderen Anti-AKW-Demonstrationen versucht worden wäre. Es ist auch nicht allzu lebensfremd, sich vorzustellen, daß solche Bannmeilen heute um Atomanlagen geschlagen werden, morgen schon um leerstehende Häuser, Kabelfernsehstationen, und sonstige, gesellschaftlich umstrittene Projekte. Die Bewahrung des Demonstrationsrechtes in Brokdorf hat von daher allgemeinpolitische und weitreichende Bedeutung.

2. Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung

Das Demonstrationsverbot wurde von der schleswig-holsteinischen Landesregierung argumentativ mit einer üblen Hetzkampagne gegen die Atomenergiegegner vorbereitet. Schon Wochen vor der Demonstration wurden regelrechte Horrorgeschichten an die Öffentlichkeit gereicht und eine Diffamierungskampagne gegen die potentiellen Teilnehmer an dieser Demonstration gestartet. Schwere kriminelle Gewalttaten wurden vorausgesagt. Mindestens ein Drittel der Demonstrationsteilnehmer sollten nach anderen Verlautbarungen zur Gewaltanwendung entschlossen sein. Sogenannte „norddt. Sicherheitsexperten“ wollten herausgefunden haben, daß die Häuser von Bauern abgebrannt und sogar Geiseln genommen werden würden, um die Einstellung

der Bauarbeiten zu erzwingen. Zwar kennt man derartige Erfindungen der Staatsorgane schon aus früheren Demonstrationen. In dieser Art und Güte wurden aber bisher die Vorab-Kriminalisierung von Demonstrationsteilnehmern noch selten getrieben. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat mit ihrer Hetzkampagne den Bogen allerdings soweit überspannt, daß auch die Bürgerinitiativen ihrerseits nicht mehr zu einem Gespräch über den Demonstrationsverlauf bereit waren. Die Sorge, daß erfundene und nicht nachprüfbare Horrorgeschichten von der Landesregierung auch dem Verwaltungsgesicht in Schleswig vorgelegt werden, um das allgemeine Demonstrationsverbot weiterhin durchzusetzen, hat auch wesentlich dazu beigetragen, daß die Bereitschaft, den Gerichtsweg einzuschlagen, um gegen das Demonstrationsverbot vorzugehen, bei den Bürgerinitiativen nicht mehr vorhanden war.

Die Diffamierung der Anti-AKW-Bewegung war nicht etwa Zufall sondern Methode. Diese Strategie war hervorragend dazu geeignet, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Verhalten der Atomenergiegegner zu konzentrieren. Ein perfektes Ablenkungsmanöver von der eigentlich wichtigen Diskussion über die Notwendigkeit und Verantwortbarkeit dieses Atomkraftwerkes in Brokdorf. Der schleswig-holsteinischen Landesregierung konnte nichts Besseres passieren. Wenn sich öffentlich der Eindruck festsetzen ließ, daß es den Atomenergiegegnern eigentlich nicht um den Protest gegen das Atomkraftwerk geht, sondern daß hier durchweg Chaoten und Gewalttäter anreisen, dann braucht sich auch die Landesregierung nicht mehr auf die unangenehme Diskussion über die Energiepolitik einzulassen, sondern konnte die Demonstration als eine Auseinandersetzung mit Rechtsbrechern und Staatsfeinden ins Abseits drängen.

Im Zuge dieser Bürgerkriegsatmosphäre setzte sich in den Außerungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und selbst bei Bundesministern das Hirnspinnt fest, in Brokdorf gehe es um die Existenz des Staates. Wer den gewaltigen Aufmarsch von 10.000 Polizisten und schwerem Gerät miterlebt hat, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß einige Repräsentanten dieses Staates sich durch die Demonstration von Atomenergiegegnern tatsächlich in ihrer Existenz gefährdet sahen. Es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß die Übergroße Mehrzahl aller Bürgerinitiativen ihren Protest nicht gegen den Staat richtet, sondern gegen die Atomindustrie. In Brokdorf mußte man allerdings mit Sorge feststellen, daß einige Politiker die Existenz des Staates bereits gefährdet sehen, wenn ein derartig umstrittenes Atomkraftwerk nicht gebaut werden kann und daß alle staatlichen Machtmittel aufgebieten wurden, um einen lächerlichen Gauplatz zu verteidigen. Viele Demonstranten werden den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß ein Staat, der sich bereits soweit mit der

Atomindustrie identifiziert und verfolgt hat, bereits Anzeichen des von vielen gefürchteten Atomstaates hat.

Die Führer des Atomstaates haben auch viele Demonstranten am eigenen Leib zu spüren bekommen. Die Bundesbahn bricht geschlossen Verträge und sagt kurzerhand Sonderzüge ab. Busunternehmer wurden von Polizeibeamten aufgefordert, keine Fahrten nach Brokdorf durchzuführen. Staatspitzen waren auf vielen Vorbereitungstreffen auszumachen und verfolgt auch einzelne Personen. Die Telefone der Hauptbeteiligten werden überwacht und am entscheidenden Tag teilweise unbrauchbar gemacht. Autobahnen werden zur allgemeinen Kontrolle gesperrt; und am Ort des Geschehens, wo etliche 10.000 Menschen ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen wollen, ersetzen Wasserwerfer, Großraumbeschrauber, NATO-Stachelndraht und viele tausend Polizisten alle Argumente. Man kann sich des Verdachts nicht erwehren, daß die Atomenergiegegner dazu benutzt worden sind, um einen gemeinsamen Einsatz der Polizei aus allen Bundesländern an einem praktischen Fall zu üben, also Sparringpartner für eine Notstandsübung waren.

Lehrreich war für viele Demonstranten auch, in welchem Maße die Polizeieinsatzleitung dazu beitragen kann, Auseinandersetzungen bewußt zu provozieren. Was soll ein junger Demonstrant von der „flexiblen und angemessenen Polizeistrategie“ denken, wenn er bereits auf dem Rückweg und mehrere Kilometer von dem Atomkraftwerk entfernt, völlig unmotiviert und ohne Anlaß von Hubschraubern und Knüppelinsätzen überfallen wird? Solche Vorfälle nähren den Verdacht, daß die im Kern friedliche und gewaltfreie Demonstration gegen Ende doch noch chaotisiert werden sollte, um vor der Öffentlichkeit zu beweisen, daß eine so große Ansammlung von Atomenergiegegnern sich nicht friedlich Verhalten kann und daß deshalb der gigantische Polizeieinsatz gerechtfertigt war.

Zum Repertoire der schleswig-holsteinischen Landesregierung gehört neben der Vorab-Diffamierung auch die nachträgliche Kriminalisierung einzelner Atomenergiegegner oder einzelner Organisationen. Stellvertretend für die vielen 10.000 Demonstranten und die vielen Dutzend Organisationen, die bis zum letzten Tag zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen haben, sollen einzelne Personen und Organisationen durch Strafprozesse und Schadenersatzforderungen in die Knie gezwungen werden. Die Inszenierung solcher politischer Schauprozesse soll der Landesregierung noch nachträglich dazu dienen, von dem unahnbaren Demonstrationsverbot sowie von der sachlichen Diskussion über die Atomenergie abzulenken. Auch in diesem Punkt wird Ministerpräsident Stoltenberg eine herbe Niederlage erleiden, weil sich die Anti-AKW-Bewegung nicht spalten läßt und die Kriminalisierung einzelner Personen eher zu einem Anschwellen der Proteste und zu einer

Radikalisierung als zu einer Einschüchterung führen wird. Die Umweltschutzbewegung muß sich darauf einstellen, auch eine Bürgerrechtsbewegung zu sein, um die Grundrechte zu verteidigen.

3. Verhinderung eines Atomkraftwerkes in Brokdorf

Der dritte große Erfolg der Großdemonstration vom 28. Februar 1981 war der öffentliche Beweis, daß die ablehnende Haltung gegenüber der Atomenergie und insbesondere gegenüber dem Bau eines Atomkraftwerkes in Brokdorf in der Bevölkerung immer noch weit verbreitet ist. Besonders die Jugend empfindet die Zerstörung der Menschheit durch risikoreiche Technologien als Bedrohung ihrer zukünftigen Lebenschancen. Viele Bürger sehen außerdem mit Verbitterung, daß trotz jahrelanger Diskussion über Energiesparmaßnahmen und alternativer Energiequellen sich in der offiziellen Energiepolitik nichts Entscheidendes verändert hat. Das große Atom-Kartell besteht nach wie vor hartnäckig darauf, die vorhandenen Überkapazitäten in der Stromerzeugung durch den Bau neuer Atomkraftwerke weiter zu erhöhen, um sich auf dem Wärmesektor neue Absatzmärkte zu erobern. Wirksame Energiesparmaßnahmen, wie z.B. die Kraft-Wärme-Koppelung, werden nicht ernsthaft in Angriff genommen, oder sogar verhindert. Hier hat sich insbesondere die schleswig-holsteinische Landesregierung in der Vergangenheit hervorgetan, um durch die Blockade einer alternativen Energiepolitik den politischen Druck zum Bau neuer Atomkraftwerke zu schaffen.

Viele Atomenergiekritiker fragen sich auch erboht, was die intensive Diskussion über die Atomenergie in den letzten Jahren wert war, wenn letztendlich doch jedes geplante Atomkraftwerk gebaut werden soll. Daß die Atomlobbyisten auf den Bau des heißumstrittenen AKW's in Brokdorf versessen sind, zeugt nicht gerade von politischer Weitsicht und Kompromißbereitschaft in dieser kontroversen, gesellschaftlichen Fragestellung. Diese Radikalität der Atomenergiebetreiber, die auch demokratische Beschlüsse politischer Parteien überfährt, erzeugt zwangsläufig auch bei den Gegnern der Atomenergie eine gewisse Verhärtung und einen erhöhten Widerstandswillen.

Gegen ein Atomkraftwerk in Brokdorf bestehen nicht nur die generellen Bedenken der Verantwortbarkeit solcher risikoreichen Projekte; es kann sogar plausibel und sachlich nachgewiesen werden, daß dieses Atomkraftwerk für die Energieversorgung keineswegs notwendig, sondern überflüssig ist. Zu einer solchen Beweisführung brauchen nicht einmal die Energieszenarien der Umweltschützer und der ihr nahestehenden Institute herangezogen werden. Selbst der Be-

richt der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages legt Zeugnis für die Überflüssigkeit dieses Kraftwerkes ab.

Ohne erkennbare Veränderungen in der offiziellen Energiepolitik - Eindämmung der Energieverschwendung, Durchsetzung von Maßnahmen zur rationalen Energienutzung und von alternativen Energiequellen - wird es auch keine erkennbare Verminderung der Protestbewegung gegen den Bau neuer Atomkraftwerke geben. Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf wird selbstverständlich auch nach der Großdemonstration am 28. Februar 1981 weitergehen. Die Bürgerinitiativen sind ihrerseits bereit, die Auseinandersetzung auf der politischen Ebene durch Dialog und Diskussion zu führen. Sie sind aber auch entschlossen, der Durchsetzung dieses Atomkraftwerkes mit praktischen Verhinderungsaktionen entgegenzutreten. Für den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. - BBU und viele andere Umweltschutzgruppen besteht dabei kein Zweifel, daß nur gewaltfreie Aktionen in Frage kommen.

Unser Ziel, das Leben vor Gefahren und Verletzungen zu schützen, gilt für diese Gruppen deshalb konsequenterweise auch für die gewählten Aktionsmittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Fraglich ist jedoch, ob die schleswig-holsteinische Landesregierung bereit und fähig ist, die Auseinandersetzungen zu begrenzen. Die staatliche Strategie zur Zerschlagung dieser Großdemonstration läßt Schlimmes befürchten. Daß Zehntausende von Bürgern das Demonstrationsverbot nicht hingenommen haben und durch ihr Verhalten den Willen zu einem friedlichen Protest zum Ausdruck brachten, hat bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung keineswegs dazu geführt, eine politische Lösung dieser Auseinandersetzung anzubieten und hierüber in eine Diskussion einzusteigen. Stattdessen vergiftet die Landesregierung die Atmosphäre durch die Vorbereitung von Strafprozessen und Schadenersatzklagen gegen einzelne Personen und Organisationen noch mehr. Hierbei handelt es sich eindeutig um die Inszenierung politischer Schauprozesse die einschüchtern und willfährig machen sollen. Daß dabei Gruppen herausgegriffen werden sollen, die wie der BBU bis zuletzt für eine gewaltfreie Demonstration eingetreten sind, macht diese Prozesse noch schizophrener und willkürlicher.

Die Großdemonstration in Brokdorf war für die schleswig-holsteinische Landesregierung eine Schulstunde in Sachen Demokratie. Es wäre im Interesse aller zu hoffen, daß die Lektion von den Inhabern staatlicher Macht auch richtig verstanden worden ist.

Anschrift: Josef M. Leinen
c/o BBU
Hellbergstraße 8
7500 Karlsruhe 81

FÜR DEN LESER/DIALOG:

BLICKPUNKT ZUKUNFT 2/81 1. JAHRGANG OKTOBER 1981

REDAKTION: WERNER MITTELSTAEDT (VERANTWÖRTLICH), HECHTHILD MITTELSTAEDT, DENISE ISEFS, CONRAD SCHNAIDER, J. FREE
RADIKATIONSANSCHRIFT: BLICKPUNKT ZUKUNFT c/o GESELLSCHAFT FÜR ZUKUNFTSMODELLE UND SYSTEMKRITIK e.V. (GZS), GOTTFRIEDSTRASSE 15,
4650 GELSENKIRCHEN - TELEFON: 0209/135286

- * NAMENTLICH GEGENZEICHNETE BEITRÄGE STELLEN NICHT UNBEDINGT DIE MEINUNG VON HERAUSGEBER UND REDAKTION DAR.
- * UNVERLANGT EINGESANDTE REZENSIONSEXEMPLARE BITTE MIT RÜCKPORTO VERSEHEN.
- * NACHDRUCK GANZER ARTIKEL NUR MIT AUSDRÜCKLICHER GENEHMIGUNG DES HERAUSGEBERS.
- * AUSZUGSWEISER NACHDRUCK UNTER ANGABE DER QUELLE GESTÄTTET. - * ANZEIGEN: BITTE ANZEIGENPREISLISTE NR.1/81 ANFORDERN!
- * PREIS: 0,50 DM EINZELPREIS. AB 10 EXEMPLARE = 0,40 DM PRO EXEMPLAR. DRUCK: MAKOSSA R GROSSOFFSETDRUCK, HÄRDENEG 31/33, 4656 GELSENK.

Impressum:

BÜCHERVORSCHLÄGE

ERHARD EPPLER: *Wege aus der Gefahr*
Rowohlt Verlag, Reinbek 1981
239 Seiten - 24,- DM

Erhard Eppler zeigt aus zahlreichen Blickwinkeln die Zwänge auf, denen die moderne Politik ausgesetzt ist, und sie sich auch selber „auferlegt“. Dabei wird deutlich und präzise formuliert, daß heutiges Krisenmanagement unmöglich den sozio-ökonomischen Zustand wieder herstellen kann, wie vor der Ölkrise von 1973. Dieser Zustand ist auch nicht mehr wünschenswert, weil in den 60er Jahren eine sorglose Energie- und Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Erhard Eppler kritisiert, daß die Politik der westlichen Industrienationen sich ständig in viele gefährliche „Sackgassen“ führt, weil es ihr nicht gelingt, eine langfristige und ökologisch vertretbare Energiepolitik, eine vernünftige Verteidigungspolitik und eine humane Sozialpolitik anzulegen. Dafür führt Eppler zahlreiche Belege an, wobei er immer wieder zukunftsweisende Gedanken aufführt.

In diesem Buch wird sehr ausführlich der Nato-Nachrüstungsbeschuß (Doppelbeschuß) behandelt, wobei Eppler in einer eventuellen Nachrüstung der Nato große Gefahren erkennt. Dieses wird sehr sachlich dargelegt.

Brilliant wird das Spektrum konservativer und revolutionärer Menschen betrachtet. Dabei stellt Erhard Eppler fest, daß in der alternativen Bewegung, den ökologischen Engagierten, hunderte von Bürgerinitiativen, der Frauen- und Friedensbewegung real rettendes wächst. Er sieht in diesen Bewegungen das Heranreifen einer „neuen alten Ethik“ und umschreibt sie inhaltlich.

Erhard Eppler pauschalisiert nie seine Kritik an der bestehenden Politik, er bietet auch einen Katalog voller Überraschender Alternativen (Wege aus der Gefahr) an. Er zeigt die Chancen, die von der Politik aus möglich sind. Er fordert selektives Wachstum, daß nur die Sektoren der Wirtschaft wachsen läßt, die die derzeitige Fehlentwicklung umkehren könnten. Er belegt, daß durch selektives Wachstum zwar bestimmte Industrien „schrumpfen“ und somit Arbeitsplätze verloren gingen, jedoch es mehr neue Arbeitsplätze schafft. Auch hier zeigt Eppler die Schlüsselstellung der Energiepolitik auf. Selektives Wachstum läßt sich wieder politisch und gesellschaftlich steuern, weil es die Macht von wenigen multinationalen Konzernen reduziert. Dafür nennt Erhard Eppler die erforderlichen Entscheidungen und Instrumente und verdeutlicht die Notwendigkeit, sich rasch zu entscheiden.

Weiter werden „Pfade zum Frieden“ dargestellt, wie wir Energie für die Dritte Welt „freisetzen“, die Chance der Abrüstung durch Umrüstung wahrnehmen sollten und vieles andere.

Es ist ein wegweisendes Buch eines großen Humanisten; eine Dokumentation über Politik wie sie ist und wie sie sein könnte und sollte.

Seine Argumente untermauert Erhard Eppler durch Heranziehung von Literatur, Dokumenten und Protokollen. Er schließt sein Buch mit einem klaren Bekenntnis zu seiner Partei ab, deren Tradition er sich verpflichtet fühlt und die sich in aktiven Reformen und Friedensbemühungen ständig „genährt“ hat.

AURELIO PECCAI: *Die Zukunft in unserer Hand*, Gedanken und Reflektionen des Präsidenten des Club of Rome
Kolden Verlag, München 1981
223 Seiten - 19,80 DM

Ein mahnendes Buch, daß nachhaltig und durch eine einprägsame Sprache und interessanten Grafiken die Krisen der Welt veranschaulicht. Peccai zeigt den Verlauf der Menschheitsgeschichte auf und verweist auf den begonnenen Niedergang des Menschen, der zwar große technisch-wissenschaftliche Leistungen aufgestellt hat, sich jedoch von seinen natürlichen Lebensquellen, der Natur, entfremdet hat. Auch hebt Peccai hervor, daß sich die Welt „vereinzelt“ hat und dadurch keine internationalen Programme entstehen, um die großen Probleme der Menschheit gemeinsam anzugehen. Beeindruckend und mit vielen neuen Perspektiven wird das Übervölkerungsproblem, die Welternährungsfrage, die Rohstoffsituation, das Wettrüsten und das ökologische Desaster behandelt.

Bei all seinen Betrachtungen entwickelt Aurelio Peccai eine quasi leidenschaftliche Kritik an den politischen Systemen und den Wertmaßstäben der Menschen.

Peccai bietet Vorschläge an, die zur Lösung der Weltprobleme helfen können. Wesentlich hervorzuheben ist dabei, daß er das herrschende Prinzip territorialer Souveränität als ein unüberwindliches Hindernis für den Weltfrieden entlarvt.

Er konkretisiert, wie man die Ost-West und Nord-Süd Problematik „entflechten“ kann. Brilliant werden Inhalte einer neuen Weltordnung dargestellt. In all seinen Äußerungen wird der Gedanke eines neuen Humanismus akzentuiert, der die Entwicklung des Menschen ersten Rang einräumt und die Fehlentwicklung denaturaler und destruktiver Systeme umkehren könnte.

Dieses wertvolle Buch gibt auch Auskunft über die Vorhaben des Club of Rome der kommenden Jahre.

Es ist ein Plädoyer für die Zukunft, die jetzt und heute zu entwerfen Not tut. Peccai setzt dabei auf die Jugend, die er als reine Quelle bezeichnet und die er für fähig hält, eine positive Zukunft zu gestalten.

Dieses Buch empfiehlt sich besonders für Leute, die noch kein Buch inner-

halb der globalen Zukunftsdiskussion gelesen haben, da hier sehr einprägsam und gut zu lesen ein aktuelles Spektrum der Krisen und Alternativen angeboten wird. Für Insider der Zukunftsszene eigentlich eine Pflichtlektüre.

HANS A. PESTALOZZI: *Nach uns die Zukunft*
Kösel Verlag, München 1981
220 Seiten - 24,- DM

Hans A. Pestalozzi war mehrere Jahrzehnte führend in einer Schweizer Manager - Schule tätig. Er kennt also genau die Strukturen, nach denen wirtschaftliche Entscheidungsträger handeln, wie das Marketing eingesetzt wird, wie sich Wirtschaft mit Politik verfilzt und so weiter.

Dieses Buch ist eine Sammlung seiner wichtigsten Vorträge, die er zwischen 1977 - 1980 auf Lehrerkonferenzen, vor Managern der Industrie und verschiedenen Handelskongressen gehalten hatte. Diese Vorträge, die im Übrigen für dieses Buch nachträglich ausgearbeitet wurden, decken die negativen Praktiken der Wirtschaft auf. Er verdeutlicht, mit welchen inhumanen Wertmaßstäben die Wirtschaft ihre Geschäfte tätigt, darüber hinaus beweist Pestalozzi, wie die Wirtschaft den Verbraucher manipulieren will und wie dumm der Mensch in den Augen von Managern ist.

Hans A. Pestalozzi stellt das Wirtschaftssystem der westlichen Industrienationen krass in Frage und zeigt auf, wie durch das herrschende Wirtschaftssystem unsere Demokratien zersetzt werden. Er belegt seine Argumente mit zahlreichen, verblüffend einfachen Beispielen, die jeweils immer vom Leser weitergedacht werden können und sollen. Er scheut nicht davor zurück, Namen von bekannten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft zu nennen.

Hans A. Pestalozzi ist ein Aussteiger von Format, da er nicht nur der Wirtschaft „den Rücken gekehrt hat“, sondern ihre Strukturen geändert sehen will und dafür sehr engagiert eintritt. Dafür mußte er bislang sich demütigen lassen. Aber er gibt nicht auf.

Dieses Buch läßt sich sehr gut lesen. Ständig werden Anstöße zum Handeln gegeben. Er zeigt auf, wie sich der kritische Konsument günstig aus der Affäre ziehen kann.

Für Hans A. Pestalozzi steht fest, daß unser heutiges Wirtschaftssystem eine der größten Gefährdungen für die Zukunft ist und sie nur durch die Alternativ-Bewegung und allen kritischen Menschen zu ändern möglich ist.

Frederic Vester, Robert Jungk und Herbert Gruhl würdigten dieses Buch durch Vorworte.

ERKLÄRUNG DER REDAKTION

BLICKPUNKT ZUKUNFT (BZ) IST EINE ZEITSCHRIFT, DIE EINEN MÖGLICHST BREITEN LESERKREIS ÜBER ZUKUNFTSPROBLEME DER INTERNATIONALEN GESELLSCHAFT AUFKLÄREN UND INFORMIEREN WIL. DIESE ZEITSCHRIFT RICHTET SICH ALSO AN KEINEN BESTIMMTEN INTERESSENKREIS. BZ AKZENTUIERT IHRE BEITRÄGE ÜBER DIE PROBLEME IN DEN LÄNDERN DER DRITTEN WELT, DEN UMWELTFRAGEN UND WICHTIGEN SOZIALEN UND WIRTSCHAFTLICHEN

VERÄNDERUNGEN UND ERSCHEINUNGEN. DIESE ZEITSCHRIFT SOLL IN IHRER GESAMTHEIT DAS ALLGEMEINE ZUKUNFTSBEWUSSTSEIN STEIGERN UND DABEI EINIGE WERTVOLLE IMPULSE LIEFERN, DAMIT SICH MEHR MENSCHEN ENGAGIEREN FÜR DIE ZUKUNFT EINSETZEN. DAS IST DAS PERMANENTE HAUPTZIEL DER GESELLSCHAFT FÜR ZUKUNFTSMODELLE UND SYSTEMKRITIK e.V., DIE DESHALB AUCH DIESE KLEINE ZEITSCHRIFT MIT SEHR GROSSEN UNKOSTEN HERAUSGIBT.

CARE®

– ein Paket Menschlichkeit.
Helfen Sie denen,
die Hilfe geben.
Spenden Sie für CARE.

Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft - Kto.-Nr. 1946-1962 (BLZ: 380 101 111)
Deutsche Bank - Kto.-Nr. 1946-1962 (BLZ: 380 700 539)
Volksbank Bonn - Kto.-Nr. 1946-1962 (BLZ: 380 661 86)
Postscheckamt Köln - Kto.-Nr. 168 82-501 (BLZ: 370 100 50)

COUPON

ICH MÖCHTE BLICKPUNKT ZUKUNFT ZUM
PREIS VON 1,--DM PRO AUSGABE (0,50 DM
+ 0,50 DM VERSAND UND BEARBEITUNGS -
GEBÜHR) AB SOFORT **ABONNIEREN**.
DEN AUSGLEICH DER BEZUGSGEBÜHREN NEH-
ME ICH NACH ERHALT DER RECHNUNG VOR.

NAME _____

VORNAME _____

PLZ/DRT: _____

DATUM u. _____

UNTERSCHRIFT: _____

DIESE BESTELLUNG KANN ICH INNERHALB
EINER WOCHE WIDERRUFEN.

COUPON BITTE SENDEN AN: GESELLSCHAFT FÜR ZUKUNFTS-
MODELLE UND SYSTEMKRITIK e.V.
c/o BLICKPUNKT ZUKUNFT
GOTTFRIEDSTRASSE 15
4650 GELSENKIRCHEN

LESERDIALOG

DIE ZEITSCHRIFT BLICKPUNKT ZUKUNFT VER-
ÖFFENTLICHT J E D E N LESERBRIEF!

DIE BEDINGUNGEN DAFÜR:

- Leserbriefe sollten kritisch die hier veröffentlichten Beiträge reflektieren.
- Leserbriefe werden a u c h dann abgedruckt, wenn sich der Betreffende mit seiner Meinung nach wichtigen Themen auseinandergesetzt hat, die in Blickpunkt Zukunft noch nicht zur Sprache kamen und die er der Redaktion und den Lesern als Anregung liefern möchte.
- Leserbriefe sollten auch Fragen beinhalten, die an einen Autor gerichtet sind, der in Blickpunkt Zukunft einen Beitrag veröffentlicht hat und die auf diesen bezogen sind. Sollte der Autor antworten, so werden wir versuchen, seine Antwort hier zu veröffentlichen. Damit wäre ein LESERDIALOG zustande gekommen, der durch diese Zeitschrift für eine interessierte Öffentlichkeit ersichtlich ist.
- Aus Platzgründen sollte jeder Leserbrief maximal 2 DIN A 4 Seiten, 1,5 zeilig lang sein, da wir möglichst viele Leserbriefe pro Ausgabe veröffentlichen wollen und bereit sind, dafür zwei Zeitschriftenseiten bereitzustellen.

* LESEN SIE BITTE HIERZU AUCH DEN LESERBRIEF VON
SIGMART ZEIDLER!

Den Hunger bekämpfen

Niemand kann auf die Dauer den Hunger beseitigen, wenn nicht das Brot in der Dritten Welt selbst wächst. Den Hunger bekämpfen heißt deshalb in erster Linie: Die Landwirtschaft fördern. Fachleute sind sich aber auch einig, daß durch angepaßte Gesundheits- und Bildungsprogramme oft bessere Ergebnisse erzielt werden können, als mit Maßnahmen, die direkt an der Nahrungsmittelproduktion einsetzen. Es wäre daher unlogisch, isolierte Programme zur Bekämpfung des Hungers zu entwerfen. Eine Strategie gegen diese größte Plage der Menschheit kann nur eine Strategie gegen die Unterentwicklung sein. Es gilt, die Armut auf dem Lande anzugreifen, die Entwicklung voranzutreiben. Und zwar auf allen Sektoren. Hier Beiträge zu leisten, ist Kern der Aufgabe von »Brot für die Welt«.

Brot für die Welt

...daß alle leben

Spendenkonto 500 500 500
bei Landesgirokasse Stuttgart,
Commerzbank AG Stuttgart
und Postscheckamt Köln

Der Blues
kommt aus dem Ruhrpott

The Full Stoned Boogie Band

»eine der besten
deutschen Bluesbands« (WAZ)

Single

'Don't wanna lose' Konzerte über
BOO-Promotion Thomas Baring
Berthastraße 10 Essener Str. 10
4630 Bochum 4650 Gelsenkirchen
Tel (0234) 523147 Tel (0209) 55227

Einige Worte zu dieser für diese Zeitschrift ungewöhnlichen Anzeige:

Die »Full Stoned Boogie Band« ist eine Musikgruppe, die Blues mit Rockelementen verbindet und dadurch eine kraftvolle Überzeugende Musik macht. Das ist nichts neues hört man jetzt etliche Leute sagen. Aber daß immer das neueste das Beste ist, haben wir uns schon lange abgeschminkt. Ein wichtiger Grund für diese Anzeige in Blickpunkt Zukunft ist, daß die »Full Stoned Boogie Band« mit Überzeugung für viele wichtige Veranstaltungen gespielt hat: beim Bundeskongress der DFGVK, ein Festival an der Mosel zu Gunsten des VUM (Verband Umweltschutz Mittelmosel) oder einer »Green Peace« Veranstaltung als Beispiele. Fazit: Interessante Musik mit Engagement.

LESERPOST

BEWUSSTSEINSWANDEL DURCH ÖFFENTLICHEN
DIALOG ?

von Sigwart Zeidler

Die Absicht von »Blickpunkt Zukunft« scheint klar, gleich auf der ersten Seite wird sie formuliert: Verstärkung des Bewusstseinswandels in der Bevölkerung - eines Bewusstseinswandels, der nach Ansicht der »BZ - Redaktion« seit etwa 15 Jahren im Gange ist, aber noch keine merklichen Veränderungen in den zukunftsrelevanten Entscheidungsprozessen bewirkt hat. Diesem Ziel vor allen Dingen sollte auch das Interview mit Herrn Prof. Kaminski dienen, welches das erste einer Reihe von »Gesprächen über die Zukunft« ist.

Nach Ansicht der Mitglieder der Neuen Gesellschaft für Zukunftsforschung (NGZ) sind einige grundsätzliche Bemerkungen angebracht, die sowohl die Absicht, Bewusstseinswandel fördern, als auch die Methode betreffen, und die jeder Leser selbst überprüfen und durchdenken sollte.

1.) Es erscheint uns wenig sinnvoll, sich mit Gesprächen der vorliegenden Art zu begnügen, da einerseits mehr oder weniger monologartige Gespräche schon viel zu viel die Welt erfüllen und andererseits derartige Interviews doch fast nur bewirken können, daß bereits Bekanntes in kürzerer Form, und oft vorurteilsbehaftet, wiederholt wird. Der einzige Vorteil scheint darin zu liegen, eine gewisse Gesamtschau zu erhalten.

Statt dessen sollte der Versuch unternommen werden, die Gespräche zu einem Dialog auszuweiten (Anmerkung der Redaktion: Wir haben auf diesen Vorschlag prompt reagiert. Beachten Sie bitte die Sparte »Leserdialog«.), der

sowohl zwischen dem Autor eines Beitrages und den Lesern als auch zwischen den Lesern selbst stattfindet und jede Meinung über ein bestimmtes Thema zu Wort kommen läßt. Die Gespräche wären dann lediglich Ansätze und Ausgangspunkte und würden nicht einfach verpuffen;

die Zeitung würde im Gegensatz zu fast allen üblichen Blättern ein Forum für den vorurteilsfreien Dialog, ein wirkliches Kommunikationsmittel.

Mit den nun folgenden Anmerkungen und Fragen zum Thema »Bewusstseinswandel« allgemein und zu einigen Sachaussagen von Herrn Prof. Kaminski möchten wir versuchen, den Anstoß zu einem Leserdialog zu geben.

2.)

Es wird behauptet, daß seit etwa 3 Jahrzehnten unsere Probleme richtig bekannt geworden sind, daß sich seit etwa 15 Jahren ein deutlicher Bewusstseinswandel vollzieht und trotzdem keine merklichen Veränderungen in zukunftsrelevanten Entscheidungsprozessen zu sehen sind. Liegt hier nicht ein deutlicher Widerspruch vor? Kann man wirklich von Bewusstseinswandel sprechen, wenn keine Veränderungen in den Entscheidungsprozessen erfolgen? Ist es vielleicht so, daß in Wirklichkeit der angebliche Bewusstseinswandel nur in einer deutlicheren Bewußtheit einiger Gefahren und Zusammenhänge besteht? Was ist überhaupt Bewusstseinswandel; wie kommt er zustande?

Sicherlich erfordert Bewusstseinswandel erst einmal Bewußtwerdung. Aber genügt es, einige Zusammenhänge besser zu verstehen und zu kennen? Reicht z.B. das Wissen um die Schädlichkeit

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

des Rauchens, dieses aufzugeben? Erfordert Bewußtseinswandel nicht zunächst das kritische Hinterfragen des eigenen Denkens und Handelns? Warum rauche ich überhaupt? Warum hänge ich bestimmten Meinungen, Werten, Normen, Dogmen an? Was veranlaßt mich, über andere zu urteilen? Weshalb strebe ich bestimmte Ziele an? Warum berufe ich mich ständig auf Fachleute, Ideologen, auf Religionen und Philosophien? Wie kann ich meine eigenen ideologischen Barrieren überwinden? Müssen wir nicht zu allererst unser eigenes Leben wirklich verstehen und es von Konflikten befreien, bevor wir versuchen, die Probleme der Welt zu lösen?

Dies sind nur einige, aber wie uns scheint, wesentliche Fragen, die vielleicht zu einem wirklichen Wandel des Bewußtseins beitragen können. Sicher kann dieser Fragenkomplex in Form eines Dialoge noch ausgeweitet, vor allem aber: auf die wichtigen und grundlegenden Fragen hin verdichtet werden.

3.a) Herr Kaminski behauptet, daß eigentlich alle anderen Gesetze außer den „ökologisch richtigen“ gegenstandslos seien. Wie ist diese Aussage gemeint? Sollten wir uns nur noch um die „ökologisch richtigen“ Gesetze kümmern? Sollte es nicht möglich sein, Grenzfälle zu finden und zu definieren, in denen eine mehr isolierte Betrachtungsweise nach wie vor sinnvoll ist! Reicht es andererseits überhaupt aus, sich an rational erfaßbaren Gesetzmäßigkeiten zu orientieren? Oder müssen wir nicht vor allen Dingen ein umfassenderes, sowohl rational als auch emotional begründetes Gesamtver-

ständnis für das Leben und seine Zusammenhänge haben, um richtig handeln zu können?

b) Auch wir sehen die Rüstung als ökologische Gefahr. Es ist aber zu klären, was wann, wie schnell und wie wirklich wirksam getan werden kann, um zu einer echten allseitigen Abrüstung zu gelangen, wobei auch in der Zeit der Abrüstung Ungleichgewichte vermieden werden, die einer Seite dann Vorteile verschaffen und dann doch den Frieden gefährden könnten.

c) Zum Thema Energie wäre ein Dialog wirklich nötig. Dieser dürfte allerdings nicht von vornherein irgendeine Energiequelle ausschließen. So müßte wirklich sorgfältig untersucht werden, welchen Beitrag jede einzelne Energiequelle mit welchen Risiken liefern kann. Hierbei müßten alle Einflußgrößen erfaßt werden, auch Emotionen und Ängste, aber dann müßten sie Bestandteil, nicht Grundlage einer Untersuchung sein.

d) Die Idee der Kreislaufdemokratie ist sicher recht gut. Die Frage ist aber, wie können wir erreichen, daß die Parlamentarier wirklich zur Basis hin arbeiten? Seit über zehn Jahren wird hier in Erlangen von uns der Versuch unternommen, ein Modell der „staatsbürgerlichen Mitherraturung“ wenigstens in einem Wahlkreis zu erproben - bisher scheiterte dies am Widerstand der Abgeordneten (Das Modell ist dargestellt in der Denkschrift des Arbeitskreises Politisches Forum „Wir Wähler in der Demokratie“ und erhältlich für

4,80 DM bei Palm + Enke, Erlangen; aber auch bei Sigwart Zeidler, Werner von Siemens Str. 3, 852 Erlangen).

e) Neue Leitbilder scheinen auf den ersten Blick sinnvoll und notwendig. Aber begeben wir uns dann nicht nur in neue Abhängigkeiten von irgendwelchen Autoritäten? Müssen nicht Leitbilder immer den Charakter einer Ideologie tragen? Hindern sie nicht geradezu daran, selbst nachzudenken?

Soweit unsere Fragen, mit denen wir hoffentlich eine Reihe von Denkanstößen geben konnten. Wir wären erfreut, wenn diese Fragen von den Lesern aufgegriffen und weiter durchdacht würden.

FÜR DEN LESERDIALOG:	WEITERE DIALOGE:
SIGWART ZEIDLER c/o NEUE GESELLSCHAFT FÜR ZUKUNFTSFORSCHUNG e.V. WERNER VON SIEMENS STR. 3 8520 ERLANGEN	PROF. HEINZ KAMINSKI BLANKENSTEINER STR. 200a 4630 BOCHUM (SIEHE AUCH BZ 1/81)

Sehr geehrte Redaktion,

bei der letzten Umweltveranstaltung an der Gesamtschule Amberg bin ich auf Ihre Zeitung gestoßen. Ich finde es bemerkenswert, daß eine Umweltzeitung aus dem Ruhrgebiet bei uns in die oberpfälzer Provinz stößt. Sehr interessant fand ich Ihren Bericht über das Interview mit dem Weltraumforscher Professor Heinz Kaminski. Ist es eventuell möglich, von der nächsten Ausgabe einige Exemplare an obige Adresse zu senden. Für Ihre Bemühungen wäre ich Ihnen im voraus sehr dankbar.

Rudolf Werschei, Amberg

BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL
* BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL * BLICKPUNKT ZUKUNFT TITEL

DAS KRITISCHE BEWUSSTSEIN DER JUGEND ZU BEGINN DER 80er JAHRE

von Werner Mittelstaedt *

* FÜR DEN LESERDIALOG

Anschrift: Werner Mittelstaedt
c/o GZS
Gottfriedstraße 15
4850 Gelsenkirchen

DIESER ARTIKEL BEFASST SICH AUSSCHLIESSLICH MIT DER KRITISCHEN JUGEND UND UNTERSUCHT EINIGE WICHTIGE HINTERGRÜNDE, WESHALB SICH IMMER MEHR JUGENDLICHE GESELLSCHAFTSPOLITISCH ENGAGIEREN.

JUGEND ALS KRISENBAROMETER

Noch am besten versteht es die Jugend auf tiefgreifende Mißstände und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft zu reagieren, da ihre Spontanität und ihr klarer Blick für Recht und Unrecht ihnen dafür das „Instrumentarium“ liefert. Es ist unbestreitbar, daß die Jugend Westeuropas „aufgewacht“ ist und ein immer mehr kritisches Bewußtsein entwickelt hat, wenn es um Entscheidungen geht, von denen ihre Lebensqualität im allgemeinen und Zukunft im besonderen betroffen ist. Die Jugend fühlt sich herausgefordert und setzt „ihre Stimme“ ein, wenn politische und wirtschaftliche Entscheidungen getroffen werden,

die für die Zukunft von besonderer Bedeutung oder nicht mehr umkehrbar sind. Die Jugend zeigt ihre Stärken bei friedlichen Demonstrationen, Friedensfesten, Protestkundgebungen oder durch Konsumverzicht bzw. Rückzug aus dekadenten Lebensverhältnissen durch das Erproben von alternativen Lebensgemeinschaften. Bei all diesem Engagement ist m.E. keine Verantwortungsflecht vor gesellschaftlichen Problemen zu erkennen, sondern genau das Gegenteil. Das Begenteildeshalb, weil sich die Jugendlichen mit den großen Problemen unserer Zeit beschäftigen und sie zahlreiche Alternativen vorschlagen und den Dialog suchen, der bislang noch viel zu wenig von den gesellschaftlich relevanten Entscheidungsträgern erwidert wurde.

Besonders engagiert sich die Jugend, wenn große zukunftsbelastende Entscheidungen „anstehen“, die sie einfach nicht mehr hinnehmen will, wie z.B. beim Nato-Nachrüstungbeschluss, allen Projekten der Atomindustrie, den Bau der Neutronenbombe, ökologisch destruktive und Lebensqualität mindernde Bauvorhaben (Flugplatzausbauten, Autobahnetzweiterungen, Industrieanlagen), oder die Wohnungspolitik respektive Spekulantentum.

Daß sich die Jugend heute für ihre Zukunft engagiert, ist auch ein erfreuliches Resultat der seit ca. 1970 anhaltenden Umwelt- und Zukunftsdiskussion. In der Jugend sieht man, sehr berechtigt, nicht mehr ein, daß unser

FORTSETZUNG AUF SEITE 7

aller Zukunft sich aus sachzwang- und wachstumsdiktierter Entscheidungen formuliert, die bereits erkennbar die Alternativen für eine positive Zukunftsgestaltung zerstört haben und die Lebensqualität erheblich herabgesetzt haben.

Es sollte als ein politisches Signal aufgenommen werden, wenn sich besonders Jugendliche verstärkt durch Protestkundgebungen und zahlreiche Demonstrationen für eine grundlegende Reform der bestehenden Wertorientierungen exponieren. Es sollte die gesellschaftlichen Entscheidungsgremien zum ernsthaften Nachdenken über den weiteren Gang der Gesellschaft veranlassen, wenn sich beispielsweise auf dem Hamburger Kirchentag im Juni 1981 rund 150 000 Jugendliche aus allen „sozialen Bereichen“ und mit den unterschiedlichsten politischen Orientierungen (Alphabetisch: Alternative, CDU, CSU, FDP, „Grüne“, KPD und ohne Partei-politische Orientierung) einfinden und die „Logik des Wahnsinns“, also die Nato-Nachrüstung, durch eine Weltuntergangseuhr (5 vor 12) diskutieren. Überhaupt habe ich den Eindruck, daß durch diesen Nato-Nachrüstungsbeschluß weiteres Vertrauen auf die Politik bei großen Teilen der Jugend zerstört wurde, und nicht nur bei der Jugend.

Ein großer Teil der Jugend erstrebt sehnsüchtig eine gesellschaftliche Veränderung und fühlt sich abgestoßen oder leidet unter den „Heiligtümern des Industriezeitalters“, die Erich Fromm (1) zutreffend analysiert hatte: „Heilig sind in der Religion des Industriezeitalters die Arbeit, das Eigentum, der Profit und die Macht, obwohl sie - in den Grenzen ihrer allgemeinen Prinzipien - auch den Individualismus und die persönliche Freiheit förderten. Durch die Umwandlung des Christentums in eine rein patriarchalische Religion war es möglich, die Religion des Industriezeitalters in christliche Terminologie zu kleiden.“ Ich füge hinzu, daß Erich Fromm diese Religion als „kybernetische Religion“ bezeichnete, da seit dem Industriezeitalter fast alles rationalisiert wird bzw. dem materiellen Wachstum untergeordnet wird.

Unter dieser Deformation von Werten leidet die Jugend und fühlt sich angezogen von der Werten oder Urwerten der Ethik, also den Grundwerten des Christentums, die dadurch eine neue Renaissance erleben. Andernfalls wäre es unerklärlich, daß die letzten Kirchentage von immer mehr Jugendlichen aufgesucht wurden und man von einer „Pazifismus-Welle“ spricht. Vor allem ist aber in der Jugend eine große Sensibilität gegen Ungerechtigkeit zu registrieren. Der Ruf der Jugendlichen nach Gerechtigkeit und Frieden für alle Menschen ist nicht mehr zu überhören.

JUGEND WILL GEHÖRT WERDEN

Die vorbemerkte Entwicklung innerhalb der Jugend ist sehr erfreulich, wenn man bedenkt, daß es auf der anderen Seite auch ein Großteil von Jugendlichen gibt, die an den sogenannten „Rand der Gesellschaft“ gedrängt werden, weil sie sich nicht mehr zu rechtfinden oder unter der Destruktivität der Wachstumsstrukturen leiden. Noch immer steigen die Daten über den Drogen- und Alkoholmißbrauch, darüber hinaus stirbt alle zwei Stunden ein Jugendlicher durch Selbst-

mord. Wie viele unter den Jugendlichen total resigniert haben und sich frustriert „durch das Leben“ schleppen ist nicht festzustellen. All dieses sind Signale einer kränkelnden Gesellschaft, die sehr ernst zu werten sind.

Wenn in der Züricher Innenstadt (unser Titelfoto) es zu Ausschreitungen zwischen Jugendlichen und der Polizei gekommen ist, weil die Züricher Jugend ein autonomes Jugendzentrum gefordert hat, dann ist hier die Hilflosigkeit eines reichen Industriestaates dokumentiert worden, weil man nicht erkannt hat, welche Bedürfnisse in der Jugend vorherrschen. Die Schweiz bringt das Geld von Organisationen und Privatleuten zinsfrüchtig und äußerst diskret auf ihre Nummernkonten unter und billigt der Jugend in Zürich nicht ein autonomes Jugendzentrum zu, daß wenig finanzielle Mittel benötigen würde.

Die Züricher Jugend hat diese Ungerechtigkeit erkannt und dagegen demonstriert. Hier liegt die Ursache dafür, daß einige Jugendliche in Zürich Steine in Scheiben von Banken und Sexshops geworfen haben. Würde man nachrechnen, so würde man sehr wahrscheinlich feststellen, daß die mehreren Hundertschaften von Polizisten, ausgerüstet mit CS-Gas, Gummikanonen und Schlagstöcken, wahrscheinlich so teuer für den Staat waren, wie das verweigerte autonome Jugendzentrum. Hier wurde verdeutlicht, daß es keinen Dialog Jugend-Staat gibt, obwohl die Jugend einen großen Teil des Staates ausmacht.

Leider wird bei derartigen Demonstrationen, die wirklich selten mit Krauwallen enden, in den Polizeiberichten und Medien immer das Negative mit tausend multipliziert, während die Beweggründe der Demonstranten und das Positive mit hundert dividiert werden.

Anstatt sich die Verantwortlichen direkt mit den Demonstranten zu einem Dialog bereiterklären und die Beweggründe anhören, werden nur Hundertschaften von Polizei zum Demonstrationsort geschickt. Ich halte es auch nicht für richtig, daß überhaupt Steine in Scheiben geworfen werden, jedoch läßt sich nachweisen, daß sog. „Steinwerfer“, ob in Zürich, Berlin, Frankfurt oder Gorbien, sich in der Promillezone (1/1000stel) erschöpfen. Ich möchte noch einmal betonen, daß sich beinahe 100% aller jugendlichen Demonstranten bei diesen Veranstaltungen friedlich verhalten. Dennoch sollte man die sog. „Steinwerfer“ ernst nehmen, da ihre Handlungen eine gezielte Anklage an die moderne Industriegesellschaft ist. Dieses sind nicht von der Hand zu weisende sozial-psychologische Erscheinungen von ungeheurer Relevanz! Wenn staatliche Organe sich darum bemühen, einen Dialog mit der Jugend aufzunehmen, wie z.B. die Enquete-Kommission für Jugendfragen seit dem Frühjahr 1981 in der Bundesrepublik, dann sollte man vorbemerkttes unbedingt aufgreifen.

Wer heute noch immer der Ansicht ist, daß die Kritik der Jugend an den bestehenden Lebensverhältnissen nur eine Zeiterscheinung ist, der wird sich täuschen, da sich überall diese Tendenzen verstärken.

Die Jugendlichen identifizieren sich mit den Zielen folgender Bewegungen und Szenen und haben daran erheblichen Anteil: Ökologie, - Alternativ, - und

Friedensbewegung. Die Jugendlichen sind zu rascher Solidarität fähig, was immer wieder bewiesen wird. So z.B. innerhalb der „Hausbesetzerzene“ die sich zuerst in den Niederlanden „etabliert“ hatte, dann in der Schweiz und seit gut zwei Jahren in der Bundesrepublik.

Überall wo sich Jugendliche zusammenfinden und oft leidenschaftlich auf Fehlentwicklungen jedweder Art aufmerksam machen, da wird für die Zukunft gesprochen.

DAS VERANTWORTUNGSSVOLLER ZUKUNFTS-BEWUSSTSEIN IN DER JUGEND

Das Verhalten großer Teile der Jugend, die mit großem Recht auf Mißstände aufmerksam machen will und gehört werden will, ist sehr logisch und äußerst verantwortungsbewußt. Dieses will ich folgendermaßen begründen:

a) Der Jugend ist ein vitales Interesse inhärent, daß die Optionen für ein menschliches Leben in der Zukunft erhalten bleiben, weil sie von ihrer Lebensspanne her an Entscheidungen, die sich heute eindeutig gegen eine bessere Zukunft ausrichten (Nato-Nachrüstung, zunehmende Zentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Institutionen, Umweltzerstörungen durch dekadentes Verhalten und Profitstreben, permanentes Benachteiligen der Dritten Welt durch die derzeitige Weltwirtschaftsordnung etc.) am stärksten zu tragen haben.

b) Die westlichen Industriegesellschaften lassen keine Ziele und keinen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt mehr erkennen.

Nach 1945 war die Situation klar umrissen: man mußte die zerstörte Infrastruktur wieder herstellen und sich einen gewissen Lebensstandard aufbauen. In den 50er Jahren wurden in den Industriegesellschaften deshalb enorme Wachstumsraten erzielt, desweiteren konnte man die industriellen Fertigungsmethoden so verbessern, daß sich große Teile der Bevölkerung diverse materielle Wünsche erfüllen konnten. Arbeit war genug vorhanden. Auf dieser Basis waren die Menschen damals froh, sich Ziele zu setzen, die allerdings sich stark auf materieller Basis formulierten. Allgemein war man froh, daß man sich von den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges erholen konnte und das Wort „Zukunft“ wieder groß schreiben konnte.

In den 60er Jahren sprach man vom „Wirtschaftswunder“, weil durch verbesserte Massenproduktion und einer scheinbar gesicherten Vollbeschäftigung der allgemeine Lebensstandard enorm ansteigen konnte. Das Auto wurde zum Statussymbol für fast jede Familie; Kühlschrank, Fernseher und Auslandsurlaub waren bald selbstverständlich.

Auf administrativer Ebene wurde dieser Wohlstand zunehmend durch die Unterdrückung und bewußte Benachteiligung armer Länder abgesichert. Vollbeschäftigung in den späten 60er Jahren hieß auch Rüstungsexpansion, Vietnamtote, Kontingenzbegrenzungen für Güter aus der Dritten Welt, knappe Rohstoffpreise für Agrar- und Erzeugnisse aus der Dritten Welt. Vollbeschäftigung in den 60er Jahren wurde zum Auslöser des Wachstums, der die wahren menschlichen Bedürf-

nisse und die Erhaltung der Natur und Umwelt ausklammerte.

In diesem kleinen Essay kann ich nur andeuten, was alles in diesen Jahren versäumt und falsch gemacht wurde. Jedoch wurden nachdem sich die westlichen Industriegesellschaften einen angemessenen Lebensstandard und eine gewisse Lebensqualität angeeignet hatten, keine neuen Ziele verfolgt und formuliert, außer denen, die sich als wachstumsfördernd erweisen.

Für mich war etwa das Jahr 1963 der reale Beginn des kulturellen Zerfalls oder der Dekaden in den reichen Ländern, weil nur noch primitives materielles Wachstum angestrebt wurde, anstatt sich den großen humanitären Herausforderungen und den Problemen der Dritten Welt zu stellen. Zur Lösung dieser Probleme wäre zwar auch Wachstum notwendig, daß jedoch eine erhebliche andere Struktur aufweisen würde als das praktizierte.

Ich nenne das Jahr 1963, da nach meinen Untersuchungen, die demnächst in einem Buch ausführlich dargestellt werden, das Jahr 1963 etwa den Zeitpunkt darstellt, an dem sich z.B. die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten auf ein industrielles Wachstum qualitativer Struktur hätten festlegen müssen. Der technisch-wissenschaftliche Fortschritt und die industrielle Entwicklung hätte dazu genutzt werden müssen, realen humanitären Fortschritt zu erzielen oder die Arbeitszeit zu gunsten größerer und sinnvoller genutzter Freizeit zu kürzen. Stattdessen hat sich Wachstum in irrationale Strukturen verzerrt: Auf Kosten der knappen Rohstoffe und stark angegriffenen Natur und Umwelt werden kurzlebige Produkte hergestellt, die durch immer raffiniertere Marketing-Methoden abgesetzt werden. Dadurch haben sich einst gesunde Gleichungen umgekehrt:

Gesunde Gleichung:

Arbeiten um zu leben.

Wachstumsverzerrte Gleichung:

Leben um zu arbeiten.

Gesunde Gleichung:

Möglichst dauerhafte Produkte herzustellen, damit nicht unnötig Rohstoffe verbraucht werden und die Umwelt belastet wird.

Wachstumsverzerrte Gleichung:

Kurzlebige Produkte herstellen, um den Markt nicht zu sättigen. (Rohstoff- und Umweltprobleme werden ausgeklammert.)

Man könnte die Reihe der Beispiele noch beliebig erweitern. Es läßt sich festhalten, daß seit den 60er Jahren (m.E. seit 1963) keine gesellschaftlichen Zielsetzungen zu erkennen sind. Die westlichen Industriegesellschaften orientieren sich seitdem nur noch an Wachstumsraten oder Profitquoten.

Dagegen hat es zuerst 1968 große Proteste in Form der bekannten Studentenunruhen gegeben. Demals wurde Vietnam angeklagt oder die sogenannten Notstandsgesetze wurden attackiert. Auch setzte man sich engagiert für mehr Mitbestimmung in den Universitäten bzw. einer Bildungsreform ein. Während die Studentenunruhen von 68

noch ein ideologisches Fundament hatten, ist die heutige Jugend in ihrer Verbalität undogmatisch. 1968 waren es fast nur Studenten, die protestierten; heute sind es bedeutende Teile der Jugend. Während die Studentenbewegung sich in ihren Forderungen konkretisierte, stellt die protestierende Jugend von heute den Sinn unserer Gesellschaft arg in Frage und klagt zahlreiche Mißstände in unüberwindlicher Form an. Dafür braucht sie keine Sprecher mehr, die sie allerdings in ihrem Umfeld findet. Es sind Leute wie Robert Jungk, Ivan Illich, Hans A. Pestalozzi, um nur drei zu nennen.

c) Die Jugend leidet besonders unter dessen, was man Identitätskrise nennt, weil ihr nicht mehr ausreichend das Erlebnis einer gesellschaftlichen Bindung ermöglicht wird. Diese Krise fängt in der Grundschule an, in der nachweislich zuwenig die Kreativität gefördert wird und auf die Härte des Berufslebens "eingestimmt" wird. Dieses hat zahlreiche Ursachen, wobei allerdings eine wesentliche Rolle das "System der Wertorientierungen" in der industrialisierten Welt findet.

Ebenso ist das Berufsleben durch Negativfaktoren wie Entfremdung vom ursprünglichen Berufsbild, mangelnder Solidarität, Konkurrenzdruck, Vereinssamung am Arbeitsplatz oder Angst vor Arbeitsplatzverlust geprägt.

WAS WILL DIE JUGEND ?

Die Jugendlichen wollen sich in ihrer Gesellschaft sinnvoll erleben und dieses in einem gesamtgesellschaftlichen Sinn eingebettet sehen. Sie benötigen, wie es Erich Fromm immer wieder betont hatte, "einen Rahmen der Orientierung und Hingabe". Kritische Jugend definiert Sinn mit Begriffen wie Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Tolleranz, Identitätserleben, Bezogenheit, humanen Fortschritt und dergleichen. Dieses radikal humanistisch geprägte Gedankengut finden sie überall, wo sich der allgemeine Bewußtseinswandel (2) zeigt, also in der Ökologie-Bewegung, bei den Konsumkritikern- und Verweigerern, den Befürwortern sanfter und alternativer Technologien, den "Alternativen", der Frauenbewegung, bei Teilen der Hausbesetzerzene und natürlich in der gesamten Friedensbewegung. All diese Bereiche des Bewußtseinswandels sind stark untereinander vernetzt und in permanenter Wechselbeziehung. Die kritische Jugend ist da zu finden, wo sich Menschen versammeln, um sich für eine andere, positivere Zukunft einzusetzen.

In der Jugend hat sich, wie Eingangs erwähnt, eine neue Ethik gebildet, die, wie Erhard Eppler anführt, nichts anderes darstellt als die Wiederkehr der alten Ethik. Der wichtige Sozialdemokrat Erhard Eppler zur "neuen alten Ethik" (3): "Die neue Ethik wird versuchen, den Menschen zu veröhnen mit der Natur, der Natur außerhalb und innerhalb seiner selbst, aber sie dürfte zu nüchtern sein, um einen Kult alles natürlichen abzugleiten.

Die neue Ethik wird sich nicht an Verboten orientieren, sondern an der Entfaltung des anderen, des Nächsten, aber sie wird nach Formen und Regeln und schließlich auch nach Verboten suchen, die dieser Entfaltung dienen.

Die neue Ethik wird Verantwortungs-ethik sein. Sie wird von der Verant-

wortung für den Nächsten, die Gesellschaft, die kommenden Generationen, die Natur ausgehen, aber sie wird die Spaltung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik (Max Weber) nicht gelten lassen.

Die neue Ethik wird insofern eine christliche Ethik sein, als sie - direkt oder indirekt - die weitestwichtigsten Impulse aus der Bibel erhalten hat und die Gestalt Jesu neu entdeckt. Aber gerade deshalb wird sie häufig eine bürgerliche Moral herausfordern, die sich für christlich hält."

Ich muß anführen, daß Erhard Eppler noch eine Vielzahl weiterer Inhalte dieser neuen Ethik in seinem letzten Buch (Wege aus der Gefahr) angeführt hat. Diese neue Ethik ordnet er großen Teilen der Jugend zu. Ich meine, auf diese gesunde Basis ließe sich eine Zukunft mit Zukunft bauen, zumal den Jugendlichen, neben den Kindern, am meisten die Zukunft "gehört". Der Präsident des Club of Rome setzt ebenso viel Hoffnung auf die Jugend, wenn es um die Gestaltung der Zukunft geht. Aurelio Peccei spricht von der reinen Quelle der Jugend(4). Er fordert (5): "Aus Gründen der Gerechtigkeit und der Demokratie müßte die Stimme der Jugend gehört werden - insbesondere in all den Fragen, die nicht nur die unmittelbare Zukunft betreffen." Das ist besonders deswegen notwendig, weil 60% der Menschheit unter 30 Jahren ist, 36% sogar unter 15 Jahren.

Die kritische Jugend will gehört werden, sie kann ihre Identität und ihren Frieden oder Vorstellungen nicht in der Unordnung der jetzigen Welt finden, die sich durch Konsum- und Wachstumswahn, Drohfrieden, Aufrüstung, Kriege auf dem Rücken armer Länder und einer extrem destruktiven Gesamttenenz darstellt. Die Jugend möchte eine neue Gesellschaft formen, die keiner beeindruckender beschreiben konnte als der große Humanist Erich Fromm in "Haben oder Sein" (6), in der die Charakterstruktur der neuen Gesellschaft nicht habenorientiert, sondern seinsbezogen, in der nicht die kybernetische Religion den heimlichen Glauben der Masse darstellt, sondern Überwiegend Seins-Charakteristika oder auch die neue Ethik.

Wenn sich die Industriegesellschaften nicht besinnen und ihrer Jugend eine reale Chance und ein angemessenes Mitspracherecht geben, dazu eine Vielzahl autonomer Jugendzentren und "alternativer Labors", dann zerstören sie sich die Basis der Zukunft, denn Jugend ist konsequenterweise Zukunft.

Jugend ist Zukunft und Erneuerung zugleich. Wer Jugend nicht hört, der läßt veralten und verkommen, und zerstört einen jahrtausendalten Evolutionsmechanismus. Die Älteren sind angesichts der düsteren Weltlage, die sie mit eingeleitet haben, keine Vorbilder, die Älteren Generationen haben der Judenvernichtung hilflos und schweigend gegenübergestanden und schämen sich dafür heute noch, wenn auch heimlich. Die heutige Jugend will sich morgen nicht für die Fehler von heute schämen und hat die Herausforderung angenommen. Sie ist für all diejenigen unbequem, die an den derzeitigen Wachstumsstrukturen in irgendeiner Form partizipieren. Nimm endlich die Jugend ernst und hört auf sie!

(1) Fromm, Erich: Haben oder Sein, Stuttgart 76, S.146f.

(2) Eppler, Erhard: Wege aus der Gefahr, Reinbek 81, S.111ff.

(3) ebenda, S.132 - 133

(4) Peccei, Aurelio: Die Zukunft in unserer Hand, München 81

(5) ebenda, S.208

(6) Fromm, Erich: Haben oder Sein, Stuttgart 76